

## Regierungskrise in Slowenien

Nach nur 13 Monaten im Amt ist der slowenische Regierungschef Janez Janša am 27. Februar mit Hilfe eines erfolgreichen, konstruktiven Misstrauensvotums, aus dem die Interimsvorsitzende der größten Oppositionspartei „Positives Slowenien“, Alenka Bratušek, als Siegerin (55 gegen 33 Stimmen) hervorging, aus seinem Amt verdrängt worden. Die 43-jährige slowenische Politikerin hat nun zwei Wochen Zeit, eine neue Koalitionsregierung zu bilden und damit die seit der Unabhängigkeit 1991 erste Frau an der Spitze einer slowenischen Regierung zu werden.

### Problematisches politisches Erbe

Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Dezember 2011 hatte die neue, aus fünf Parteien bestehende slowenische Koalitionsregierung unter der Führung des Vorsitzenden der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS), Janez Janša, im Februar 2012 ihre Arbeit aufgenommen und umgehend damit begonnen, das Land aus der wirtschaftlichen Sackgasse zu führen.

Die damals abgelöste sozialistische Regierung hinterließ der neuen Mitte-Rechts-Regierungskoalition ein schwieriges wirtschaftliches Erbe mit einem in sehr schlechtem Zustand befindlichen öffentlichen Wirtschaftssektor, einem konkursreifen Bausektor, einem Haushaltsdefizit von 6,4%, exorbitant hohen öffentlichen Ausgaben und einen durch die Finanzkrise stark gebeutelten staatlichen Bankensektor.

Die neue Regierung musste schmerzhaft zur Kenntnis nehmen, dass die sozialistische Vorgängerregierung in nur drei Jahren die öffentliche Verschuldung des Landes von 22% auf 50% des BIP hatte ansteigen, Sloweniens Pro-Kopf Einkommen gleichzeitig

jedoch von 91% des europäischen Durchschnitts auf 84% sinken lassen.

Nach nur wenigen Monaten gelang es der neuen Regierung, wichtige Reformen auf den Weg zu bringen. Es wurde eine Reform der staatlichen Rentenversicherung verabschiedet, durch eine Halbierung des bisherigen Haushaltsdefizits zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen beigetragen und Nachtragshaushalte für die Jahre 2013 und 2014 erarbeitet.

Weitere Reformen umfassten eine Unternehmenssteuerreform und ein Wachstumspaket sowie Maßnahmen zur Entbürokratisierung. Schließlich gelang der Regierung zum Ende des Jahres 2012 noch die Verabschiedung von gesetzlichen Regelungen zur Rehabilitierung des Bankensystems und die Gründung einer „National Holding Gesellschaft“, welche alle Staatsbeteiligungen unter einem Dach zusammenfassen sollte.

Diese erfolgversprechenden Maßnahmen bestärkten nicht nur die Ratingagenturen in ihrem Vertrauen, das sie dem Land in den letzten Monaten entgegengebracht hatten, sondern erlaubte es Slowenien sogar, erfolgreich in US-Dollar denominierte Staatsanleihen in größerem Umfang zu platzieren und damit eine akute Liquiditätskrise des Staates abzuwenden. Die erfolgreiche Platzierung dieser Anleihen ließ den von Slowenien geforderten Kapitalmarktzins von über 7% auf 4,5 % fallen und machte somit den von vielen erwarteten Schritt unter den EU-Rettungsschirm zumindest vorläufig unnötig.

## KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

7. März 2013

www.kas.de

**Fragwürdige Korruptionsvorwürfe gegen Janša ?**

Die sozialistische Vorgängerregierung hatte kurz vor ihrem Ende noch selbst ein Anti-Korruptionsgesetz verabschiedet, das vorsah, Gerichtsurteile ohne die Möglichkeit eines aufschiebenden Revisionsverfahrens unmittelbar zu vollziehen. Dagegen hatte schon die damalige Opposition Verfassungsbeschwerde eingelegt, die bis heute noch nicht beschieden worden ist. Zudem hatte diese Regierung mit Herrn Goran Klemenčič auch noch einen Kandidaten zum Vorsitzenden der Antikorruptionsbehörde berufen, der als ehemaliger Innenminister noch vom alten Parlament ins Amt gewählt worden war. Klemenčič galt nicht nur der Opposition als ungeeignet für diese Position. Ihm wird bis heute vorgeworfen, er habe Gelder veruntreut, als er in einem Bürogebäude, das seinem Freund gehört, Räumlichkeiten für die Arbeitsgruppe Verbrechensbekämpfung des Ministeriums zu einer deutlich höheren Miete angemietet hatte, als es ortsüblich gewesen wäre.

Ein weiteres Mitglied der sog. Antikorruptionsbehörde ist ein linksorientierter Journalist, Rok Praprotnik, der sich mit seinen Skandalberichten und Hetzartikeln gegen konservative Parteien und Politiker, die nicht dem ehemaligen kommunistischen Lager angehörten, in Szene gesetzt hat und dessen journalistische Recherchen allein der Verunglimpfung des neuen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der konservativen SDS, Janez Janša, galten.

Diesem waren schon unter den kommunistischen Regierungen immer wieder seine Artikel und Stellungnahmen vorgehalten worden und hatten mehrmals zu seiner Verhaftung und Verurteilung geführt, bis er schließlich erst kurz vor dem Sturz des kommunistischen Regimes im Jahre 1989 aus der Haft entlassen worden war. Seit der Unabhängigkeit Sloweniens ist Janša immer wieder das Ziel von Beschuldigungen geworden, die sich jedoch bisher nie haben verifizieren lassen. So wurde er bereits im Jahr 2008 gemeinsam mit dem damaligen Verteidigungsminister der Korruption beschuldigt. Die damals für diesen Fall zuständige Staatsanwältin war die Ehefrau

eines ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters des gleichen kommunistischen Regimes, das Jansa bereits im Jahre 1988 verhaftet hatte. Auch dieses Verfahren über sehr fragwürdige Anklagepunkte konnte bis heute nicht zu einem rechtskräftigen Urteil gebracht werden.

Die bis heute andauernde Beschäftigung ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter des kommunistischen Regimes als Richter, Staatsanwälte, Universitätsprofessoren und in den Medien ist den meisten Slowenen wohl bewusst und wird selbst von den Betroffenen auch kaum bestritten. So wurde ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter des alten Regimes zum Präsidenten der slowenischen Schriftstellervereinigung gewählt und der ehemalige Chef der kommunistischen Geheimpolizei mit der höchsten Auszeichnung des slowenischen Staates geehrt, was neben internationalen Reaktionen auch heftige Kritik in Slowenien ausgelöst hatte. All dies muss als Hinweis dienen, dass die „kommunistische Vergangenheit“ in Slowenien noch lange nicht passé, sondern noch allgegenwärtig ist und dass eine Vergangenheitsaufbereitung und damit eventuelle -bewältigung in Slowenien überhaupt noch nicht stattgefunden hat sondern eigentlich noch aussteht.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund muss man den Bericht beurteilen, den die Antikorruptionsbehörde am 08. Januar 2012 veröffentlichte, indem Janša der Verletzung des Anti-Korruptionsgesetzes beschuldigt wurde, weil er die Herkunft von 210.000 € auf seinem Privatkonto nicht hinreichend erklären konnte und sich bei der Aufklärung dieses Sachverhaltes angeblich nicht kooperativ (genug) gezeigt habe. Da die Anschuldigungen der Behörde sofort sowohl im Internet publik gemacht als auch mittels einer Pressekonferenz der slowenischen Öffentlichkeit offenbart wurden, blieb dem angeklagten Ministerpräsidenten weder die Möglichkeit, sich mit dem Bericht bzw. den gegen ihn erhobenen Vorwürfen vertraut zu machen, noch rechtzeitig (s)eine Stellungnahme verfassen bzw. abgeben zu können. Er konnte lediglich alle Vorwürfe zurückweisen und seine Vermögensverhältnisse erläutern.

## KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

7. März 2013

www.kas.de

**Der Zerfall der Regierungskoalition unter Führung von Janez Janša**

Seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch Janšas Koalition versucht die Opposition – unterstützt vom letzten Präsidenten der Kommunistischen Partei und erstem Präsidenten der Republik Sloweniens, Milan Kucan – der Regierung unter Janša eine „neokonservative“ Revolution und „neoliberale Demontage des Sozialstaates“ vorzuwerfen. Viele erachten dieses „old-boys“-Netzwerk“ des ehemaligen slowenischen Präsidenten auch für die seit November 2012 das Land in Aufruhr versetzenden, zum Teil sogar gewalttätigen Demonstrationen verantwortlich zu sein. Der slowenische Ministerpräsident Janša wehrte sich lange gegen alle Rücktrittsforderungen und weist bis heute alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Damit fand er zumindest in seiner Partei bis zuletzt volle Rückendeckung und die SDS Parlamentsfraktion sprach ihm mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen aus. Janez Janša war auch (noch) nicht bereit sein Amt aufzugeben, als ihm einige Minister seiner Koalitionsregierung die Gefolgschaft verweigerten.

Nach dem Austritt der Bürgerliste (DL) verfügte seine Regierungskoalition nur noch über die Unterstützung von 41 der 90 Abgeordneten, nach dem darauf folgenden Rückzug der Rentnerpartei DeSUS und der „katholischen“ SLS schließlich nur noch über die Unterstützung von 30 Abgeordneten.

Auch unter diesen für ihn prekären Umständen zeigte sich Janša nicht bereit, im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen, weil Slowenien sich seiner Meinung nach – angesichts der notwendigen Reformen – keine Neuwahlen leisten konnte. Auch unterstellte Janša, dass die drei Koalitionsparteien, die ihn verlassen hatten, über keine parlamentarische Mehrheit für eine alternative Regierung würden verfügen können. Allein wenn sich die stärkste Oppositionspartei, Positives Slowenien (PS), ihres umstrittenen Frontmanns, Zoran Jankovic, der wie Janša bis heute ebenfalls unter Korruptionsverdacht steht, entledigen und einen neuen Spitzenkandidaten anbieten

würde, so das Kalkül Janšas, wären die Chancen für ein erfolgreiches, konstruktives Mißtrauensvotum im slowenischen Parlament gegeben und genau dies geschah.

**Erfolgreiches konstruktives Misstrauensvotum der Opposition**

Am Freitag, den 23. Februar hatten sich der eigentliche Wahlsieger der letzten Parlamentswahlen „Positives Slowenien“ (PS, 28 Abgeordnete), die sozialdemokratische Partei (SD, 10), die liberale Bürgerliste (DL, 8) und die Rentnerpartei (DeSus, 6) nach langen Verhandlungen darauf verständigt, die inzwischen geschäftsführende, neue PS-Vorsitzende Alenka Bratušek in einem konstruktiven Misstrauensvotum zur designierten Ministerpräsidentin zu wählen. Bei der entscheidenden Abstimmung im Parlament erhielt Bratušek 55 Stimmen, 33 Abgeordnete stimmten gegen sie. Für die Wahl war eine absolute Mehrheit von 46 der insgesamt 90 Stimmen erforderlich. Die Unterstützung für Bratušek war also größer, als die sie eigentlich unterstützende Abgeordnetenzahl der vier Anti Janša Parteien. Wegen der großen ideologischen Unterschiede gilt die Bildung einer stabilen neuen Mitte-Links-Koalition als äußerst schwierig. Es ist vielmehr offensichtlich, dass diese neue „Mehrheit“ durch nichts anderes zusammengehalten wird als durch die Gegnerschaft zu Janez Janša. Es ist niemandem so recht klar, auf welcher programmatischen Grundlage eine neue, dauerhafte Regierung für Slowenien zusammengefügt werden kann und es ist durchaus zweifelhaft, ob eine solche Koalition Bestand haben oder vielleicht doch nur (vorgezogene) Neuwahlen in Slowenien vorbereiten soll.<sup>1</sup> Die Koalitionsgespräche mit noch ungewissem Ausgang haben jedoch inzwischen begonnen und bis zur Bildung einer neuen Regierung bleibt die alte geschäftsführend im Amt.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Karl-Peter Schwarz; „Vier Parteien suchen einen Anfang“ in FAZ vom 28 Februar 2013

<sup>2</sup> <http://derstandard.at/1361241370168/Alenka-Bratusek-ist-Sloweniens-neue-Regierungschefin>

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE

7. März 2013

www.kas.de

**Hoffnungsträger Alenka Bratušek**

Alenka Bratušek ist in der slowenischen Öffentlichkeit bisher wenig bekannt. Dem Parlament gehört sie erst seit den Wahlen im Dezember 2011 an. Die 43 Jahre alte Textilingenieurin aus der Krain war früher in den Ministerien für Wirtschaft und Finanzen mehrere Jahre für Budgetfragen zuständig.

Sie wechselte mehrmals die Parteizugehörigkeit, von der liberaldemokratischen „LDS“ über die sozialliberale „Zares“ bis zur Liste „Positives Slowenien“ des besagten Laibacher Bürgermeisters Zoran Janković.<sup>3</sup> Als Janković nach Korruptionsvorwürfen zwar nicht als Bürgermeister zurücktrat, aber den Parteivorsitz für die Dauer des gegen ihn angestrebten Korruptionsverfahrens vorübergehend abgab, um dem Dauerfeuer auf den ebenfalls der Korruption beschuldigten Janša nicht im Wege zu stehen, rückte sie plötzlich in die erste Reihe der slowenischen Linksopposition auf. Als Jankovićs Statthalterin soll sie nun einer neuen linksgerichteten slowenischen Regierung vorstehen.<sup>4</sup>

Viele Menschen im Land bezweifeln, dass die relativ unerfahrene Politikerin das Land aus der Krise führen kann. Bratušek wird es schwer haben, wieder Vertrauen in die Regierungspolitik bzw. die politische Klasse aufzubauen. Sie wird sich auch als linke Politikerin den Zwängen einer Konsolidierungspolitik, die vor allem die Rettung des staatlichen Bankensektors erfordert, nicht entziehen können.

Vorsichtshalber spricht sie deshalb momentan auch von einer "Projektregierung", der sie vorstehen möchte und deren Maßnahmenkatalog nur zehn bis zwölf Punkte umfassen soll. Bratušeks Vorteil ist, dass sie sich seit Jahren mit slowenischen Budget-

problemen auseinandergesetzt hat, denn darum wird es ihrer Regierung in den kommenden Monaten vor allem gehen müssen.

Die politische Zukunft der verheirateten Mutter zweier Kinder, die Management studiert hat, ist so ungewiss wie die ihrer Partei, die in Umfragen seit der letzten Wahl massiv an Zustimmung eingebüsst hat.<sup>5</sup>

Diese politische Krise kommt für Slowenien zu einem sehr heiklen Zeitpunkt, da das Land weiterhin als möglicher Kandidat für ein Hilfspaket der Europäischen Union gilt. Slowenien könnte damit nach Irland, Griechenland, Portugal und Spanien das fünfte Euroland werden, das neben Zypern EU-Finanzhilfen in Anspruch nehmen muss. In einer ihrer ersten Reden vor dem slowenischen Parlament deutete Bratušek bereits eine Abkehr von der rigorosen Sparpolitik ihres Vorgängers an, die in der Bevölkerung für großen Unmut gesorgt hatte.<sup>6</sup>

Anstelle von Einsparungen will Bratušek die Steuern erhöhen, was den Applaus der Sozialdemokraten und der Abgeordneten von „Positives Slowenien“ fand. Den Abgeordneten der liberalen DL des früheren Parlamentsvorsitzenden Gregor Virant dürfte solche programmatischen Ankündigungen eher peinlich gewesen sein. Gregor Virant hatte seine Bürgerliste schließlich als weltanschaulich neutrale, aber marktwirtschaftlich radikale Alternative zur traditionell katholischen Slowenischen Demokratischen Partei (SDS) positioniert und ihr bisheriger Finanzminister Janez Sušteršič hatte den bisherigen Sparkurs der Regierung Janša und ihren Plan zur Sanierung der Banken und der Staatsbetriebe nicht nur mitgetragen, sondern sogar selbst ausgearbeitet.

Nun stürzte Jansas Regierung nicht zuletzt mit Unterstützung dieser „Bürgerliste“, die

<sup>3</sup><http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/slowenien-vier-parteien-suchen-einen-anfang-12096896.html>

<sup>4</sup><http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowenien-opposition-stuerzt-regierungschef-jansa-a-885989.html>

<sup>5</sup><http://derstandard.at/1361241353190/Alenka-Bratusek-will-Sloweniens-Regierung-fuehren>  
<sup>6</sup> Ebenda

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

7. März 2013

www.kas.de

sich eigentlich vorgenommen hatte, die Konzepte Sušteršič in die Tat umzusetzen.<sup>7</sup>

### Die Sanierung der slowenischen Wirtschaft

Der Kern der Auseinandersetzungen betrifft allerdings den Weg zur Sanierung der großen staatlichen Banken. Jahrelang haben diese Banken Kredite an politisch gut vernetzte „Tycoons“ vergeben und damit vorwiegend von alten Seilschaften dominierte, halbstaatlichen Firmengeflechten geholfen, ohne sich um die sonst üblichen Kreditgarantien zu kümmern. Janša und Sušteršič hatten die Bildung einer staatlichen sogenannten „Bad Bank“ durchgesetzt, die die faulen Kredite auffangen und die Bilanzen der Banken entlasten sollte. Neben einer solchen „Bad Bank“ hatten sie auch eine staatliche Holding für alle gemeinwirtschaftlichen Unternehmen auf den Weg gebracht, um den öffentlichen Sektor Sloweniens finanziell zu sanieren. Schon damals hat die Opposition ersucht, diese „Bad Bank“ und die Staatsholding auf dem Referendumsweg zu verhindern, der jedoch vom Verfassungsgericht blockiert wurde. Deshalb kann es nicht überraschen, dass Sozialdemokraten und die Partei „Positives Slowenien“ jetzt darauf bestehen, dass die Bad Bank beseitigt wird und die Banken unbeschädigt aus dem Steuertopf rekapitalisiert werden. Die Bürgerliste wird in den anstehenden Koalitionsverhandlungen zu entscheiden haben, wie sie sich gegenüber diesen Plänen positioniert.

Die Herausforderung jeder neuen slowenischen Regierung wird darin bestehen, den internationalen Finanzmärkten sehr rasch zu erklären, wie sie erstens politische Stabilität garantieren und zweitens die von den konservativen Vorgängern eingeleiteten wirtschaftlichen Reformen fortzusetzen gedenken.<sup>8</sup>

Slowenien kann sich eine weitere Fortsetzung des Abwärtstrends in der Wirtschaft

und den Anstieg der Arbeitslosigkeit zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht leisten. Es braucht eine Regierung, die wirtschaftliches Wachstum und finanzielle Stabilität anstrebt, ohne das Wachstum zu behindern, sagt zwar auch Bratušek; allein vielen fehlt der Glaube, dass es gerade diese Politikerin sein soll, welche Slowenien aus seiner schweren Wirtschaftskrise auf den „Pfad der Tugend“ zurückführt.<sup>9</sup>

### Ratifizierung des Beitrittsvertrags mit Kroatien

Für das Nachbarland Kroatien sind dies alles keine guten Nachrichten. Bis vor kurzem war dort noch gehofft worden, dass die slowenische Regierung einer Lösung des bilateralen Bankenstreits zustimmen und damit einer Ratifizierung des Beitrittsvertrags Kroatiens im slowenischen Parlament den Weg ebnet würde. Kommende Woche wollten sich die beiden Ministerpräsidenten Milanowic und Jansa eigentlich in Zagreb treffen, um die Lösung im Bankenstreit zu finalisieren.<sup>10</sup>

Nun sieht es so aus, als ob Janša - nur noch geschäftsführend im Amt - eine solche Entscheidung nicht mehr zu treffen vermag. Dies würde einer Ratifizierung im slowenischen Parlament die Grundlage entziehen und die notwendige Ratifizierung evtl. in weite Ferne rücken lassen und das alles vor dem Hintergrund eines sich langsam schließenden Zeitfensters.

Selbst die beiden Präsidenten Josipovic und Pahor, die sich jüngst erstmals in Zagreb trafen, blieben seltsam unkonkret als es um die Frage ging, ob bzw. wann mit einer Lösung des Bankenstreits und einer Ratifizierung des Beitrittsvertrags Kroatiens durch das slowenische Parlament zu rechnen sei.

<sup>11</sup>

<sup>7</sup><http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/slowenien-vier-parteien-suchen-einen-anfang-12096896.html>

<sup>8</sup> Ebenda

<sup>9</sup> Ebenda

<sup>10</sup> Vgl.: Adelheid Wölfl: „Slowenien - 41 Parlamentarier und ein "nackter Kaiser", in DER STANDARD vom 26./27.1. 2013

<sup>11</sup> JOSIPOVIC AND PAHOR PUSH FOR RESOLUTION OF BANK ISSUE SALZBURG, March 2 (Hina)